



Im Norden nichts Neues:

Glanzstoff stinkt weiterhin zum Himmel

Die Bevölkerung von St. Pölten ist unter 49500 gesunken; Glanzstoff, Egger stinken ungeniert weiter. Die Lungenkrankheiten bei Kindern und Erwachsenen sind immer noch signifikant erhöht; Glanzstoff, Egger stinken ungeniert weiter.

Es gibt einen politischen Pakt, daß bis Ende 1996 die Fa. Glanzstoff sauber produzieren muß. Dafür kaufte Bund, Land und Stadt die ungenutzten Gründe der Firma. Diese Rettungsaktion wurde gerne angenommen, das daran geknüpfte Versprechen leider gebrochen. Wann erkennen die Manager, daß man mit den Methoden der 60-er Jahre heute keine intelligenten Produkte mehr herstellen kann?

Müllverbrennung statt Arbeitsplatzsicherung

Der Einstieg in die Müllverbrennung erscheint beiden Firmenleitungen als der Weisheit letzter Schluß. Natürlich läßt sich viel Geld machen, wenn es genug Müll gibt; aber den gibt es in St. Pölten sicher nicht. Er muß aus ganz NÖ bzw. aus den ehemaligen Ostblockländern importiert werden. Wir bleiben dann zusätzlich auf den Schadstoffen der andern sitzen.

Zur Frage Arbeitplatzsicherung: Wenn ein bestimmter Produktionszweig keine Gewinne abwirft, wird er geschlossen. Es hat sich vermutlich noch niemand überlegt, was mit den Müllöfen geschehen soll, wenn die Produktion von Kunstseide bzw. Spanplatten einmal ausgelagert werden sollte. Sie brennen wahrscheinlich weiter und werfen als einzige Gewinn ab.

Auf Kosten der Allgemeinheit wird dann von ein oder zwei Privatfirmen fleißig Gewinn geschafft. Zum Betrieb eines Müllofens werden aber fast keine Arbeitskräfte gebraucht. Es kann also überhaupt nicht von Sicherung der Arbeitsplätze gesprochen werden. In Deutschland genügen mittlerweile alle zellstoffverarbeitenden Betriebe den Reinheitsgeboten der TA-Luft. In Österreich wurde Lenzing wenigstens teilsaniert, im Burgenland wird ein neuer Teilbetrieb der Lenzing um eineinhalb Milliarden auf die Wiese gestellt, bloß in St. Pölten bleibt man rückständig und spekuliert mit der Resignation der Bürgerinnen und Bürger. Glanzstoff ist das einzige Werk, das den Grenzwerten der TA-Luft für Zellstoffbetriebe nicht genügt.

Öko-Hauptstadt statt Bevölkerungsschwund

St. Pölten müßte durch die Hauptstadterhebung eigentlich eine prosperierende Stadt sein, in Wirklichkeit ziehen immer mehr Menschen weg. Man muß den Mut zur Wahrheit haben und den Ursachen auf den



Reinhold Hofstätter, Gemeinderat

Grund gehen. Die fatale Umweltsituation ist einer der Gründe für den Einwohner-schwund, die zentralistische Verwaltung auf eine Person hin ein anderer.

Übrigens: Wenn Willi Gruber „direkt wählen“ plakatieren läßt, dann ist er auch „direkt verantwortlich“. Dann muß er aber laut nach jenen 35 Millionen gefragt werden, die die Stadt in die bis heute unverwertbaren Glanzstoffgründe gesteckt hat. Der Bgm. allein hat jenen Deal gemacht, laut dem die Glanzstoff bis 1996 nicht mehr stinken sollte.

**Gehalt hat die Stadt,
wo bleiben die Erfolge -
Herr Bürgermeister?**

IN DIESEM HEFT

Glanzstoff	1
Grüne Erfolge	2-3
Kommentar	3
Wahlsplitter	4

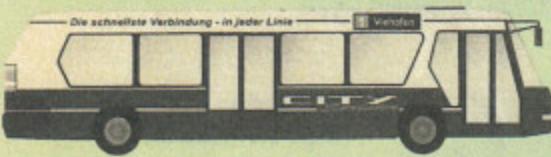
Grüne Erfolge - Grüne Vorhaben. Wir bringen Ideen zum Leben.

Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

Ständig von den Grünen auf die Tagesordnung der Gemeinderatsarbeit gebracht, zeigt sich allmählich ein Erfolg: Buslinien werden verstärkt und ausgebaut, für die zeitlichen Randlagen gibt es ein Anruf-Sammel-Taxi.

Was noch fehlt:

Statt eines Flickwerks auf den bestehenden Rundlinien sollte ein flächendeckendes Bussystem installiert werden, mit kurzen Benutzerintervallen und vielen Umsteige-



punkten an den Ringlinien um die Stadt. Wie es gehen könnte und was das kostet, kann man im Buskonzept „City Sprinter“ nachlesen (Einfach im Grünen Büro anfordern: 02742 - 351817)

Das Radwegenetz ist längst noch nicht ausgereift und bietet derzeit jenen, die aus beruflichen Notwendigkeiten unterwegs sind, nur stückweise passable Wege an. Wir arbeiten ähnlich wie bei der Erstellung des Buskonzepts an einem Radwegekonzept und freuen uns über Mitarbeiter ebenso wie über Anregungen und Vorschläge (Tel. 02742 - 351817

e-mail: GRUENE.ST.POELTEN@magnet.at)

Verbesserung des Erlebnisraums Stadt

Nach einem von den Grünen eingebrachten Initiativantrag wurde der autofreie Rathaus-



platz verwirklicht, ein 2. Initiativantrag brachte die Installierung eines Jugendzentrums.

Der Grüne Antrag zur Schaffung eines Baumschutzgesetzes hat zu einer gemeinsam von Grünen und SPÖ verabschiedeten Resolution an den Landtag geführt. Dieser ist nun aufgefordert, gesetzliche Rahmenbedingung zur Ersatzpflanzung bzw. zum Baumschutz für NÖ zu überlegen.

Was auch schön wäre:

Im Süden der Stadt braucht es dringend Maßnahmen, um ein Subzentrum Josefstraße zu schaffen. Weniger Verkehr, mehr und verbesserte Naheinkaufsmöglichkeiten, Erholungsräume für Jung und Alt sowie Freizeiteinrichtungen auch im Wohnbereich könnten hier einiges an Lebensqualität zurückbringen.

Ein täglicher Markt in der Innenstadt könnte sowohl den Bauern der Umgebung nützen als auch zur Belebung der Fußgängerzone beitragen, daß man Bioprodukte sowieso lieber frisch und direkt vom Produzenten kauft, einfach weil's gesünder ist, muß man nicht extra erwähnen.

Mit Hilfe einer Infrastrukturabgabe hätte man gegen die an den Strandzonen entstehenden Einkaufskomplexe Lenkungsinstrumente in der Hand. Einseitig müßte nicht die allgemeine Steuerleistung für Infrastrukturmaßnahmen herangezogen werden, andererseits könnte man diese Einnahmen für Maßnahmen zur Innenstadtbefliebung verwenden. Wenn beispielsweise der Verkehrszustrom zu einem Einkaufszentrum überhand nimmt, müssen zusätzliche Verkehrseinrichtungen geschaffen werden (Ampelanlagen, Rundverkehre, breitere Abbiegespuren, etc.) Dafür muß bisher die Allgemeinheit aufkommen. In Zeiten budgetärer Knappeit ist es nach Ansicht der Grünen nur recht und billig, wenn die „Verkehrserreger“ hier mitzahlen, schließlich profitieren sie ja auch von den Maßnahmen der öffentlichen Hand.

Dringend nötig ist die Schaffung eines Kulturbereits unter Einbeziehung der St. Pölten Kulturinstitutionen, der Kulturschaffenden und der im Gemeinderat vertretenen Parteien. Ziel der Arbeit eines Kulturbereits ist die Erarbeitung von Vergaberichtlini-

en zur Kulturförderung sowie die Diskussion und Verabschiedung eines kulturellen Leitbildes der Stadt. Der Gemeinderat hat dann durch entsprechende Mittelbereitstellung für die Realisierung der vom Kulturbereit vorgeschlagenen Initiativen zu sorgen.

Die Grünen wünschen sich außerdem die Einrichtung eines Jugendbeirats, der einerseits die Arbeit des städtischen



Jugendzentrums begleitet, Vorschläge erarbeitet und an deren Umsetzung beteiligt wird. Andererseits sollten die ProponentInnen des Jugendbeirats Anlaufstelle für SchülerInnen, Lehrlinge und Jugendliche in der Stadt sein und als Drehscheibe zu den politischen Vertretungen ebenso zur Verfügung stehen wie als Verbindungsglied zu den Jugendeinrichtungen der Stadt.

Nachhaltiges „Wirtschaften“

Ein Grüner Resolutionsantrag, der sich gegen die Errichtung eines Müllverbrennungsanlage ausspricht, wird von der SPÖ übernommen und gemeinsam verabschiedet. Damit ist St. Pölten Weg zu einer ökologisch und ökonomisch verträglichen Müllbehandlung frei, die flexibel auf geänderte Müllzusammensetzung ebenso reagiert wie auf geringere Müllmengen.

Ebenfalls Gegenstand eines Grünen Antrags war der Verzicht auf halogenierte und teilhalogenierte Kohlenwasserstoffe im kommunalen Beschaffungswesen. St. Pölten ist hier vorbildlich und verzichtet etwa bei Dämmstoffen auf FCKWs, außerdem werden Maßnahmen zur alternativen Wärmeversorgung gefördert.

Im Zuge des Gentechnikvolksbegehrens brachten die Grünen eine Resolution ein, in

der sich der St. Pöltner Gemeinderat für eine gentechnikfreie Zone im Bereich der Nahrungsmittelproduktion ausspricht.

Wo noch nachhaltig gearbeitet werden könnte:

Ganz nach Grazer Vorbild wäre es möglich, eine städtische Förderung zur Zertifizierung von ökologisch vordbildlich arbeitenden Betrieben einzurichten.

Unter dem Titel „ÖKOPROFIT“ vergibt Graz Fördermittel für ein ÖKOlogisches PROjekt Für Integrierte UmweltTechnik, ein ebenfalls von der Stadt geförderter

Kommentar von
Silvia Buschenreiter



Amsterdam ist lange vorbei

Statt kritisch zu hinterfragen, welche ihrer großen Versprechungen die EU eingelöst hat, beschäftigen wir uns mit dem langsamem Zerfallen der kleineren Koalitionspartheid, mit den US-Nachhilfestunden des Prinz Porsche vom Bärental, mit einer absolut mißglückten Rechtschreibreform, mit der Frage, ob ein milliardenteures Loch unter dem Semmering Sinn macht oder nicht...

Was kaum oder nicht zur Sprache kommt, sind die Ergebnisse von Amsterdam:

EU - Osterweiterung?

Aus ökonomischen Gründen derzeit angeblich nicht durchführbar. Lieber läßt man den Reformstaaten den wesentlich teureren Weg über einen NATO-Beitritt nach Europa offen. Vermutlich um dann festzustellen, daß angesichts der neuerlichen Staatsverschuldung - so ein NATO-taugliches Heer kostet eine hübsche Stange Geld - ein EU-Beitritt leider nicht möglich ist.

Institutionenreform?

Verschoben bis zum St. Nimmerleinstag. Zwar soll die Wirtschafts- und Währungsreform fristgerecht durchgezogen werden, zwar soll der Euro als Symbol des Tanzes um das Goldene Kalb Neoliberalismus bald als Einheitswährung gelten, ein schlagkräftiges und effizientes Parlament wird ihm aber nicht als politisches Gegengewicht hingestellt. Politik wird so immer mehr zum hilflosen Vehikel, Politiker immer mehr zu einfallslosen Handlangern eines alles bestimmenden Manchesterliberalismus.

Sozialunion Europa?

Außer Sonntagsreden nichts gewesen. Die Sozial- und Beschäftigungsunion Europa verläßt sich in diesen Fragen lieber auf das Subsidiaritätsprinzip. Auf gut österreichisch heißt's eben, daß die Verantwortung für das wachsende Heer der Beschäftigungslosen einfach an die Nationalstaaten abgeschoben wird. Und dort drängt die Erfüllung der Maastricht-Kriterien zum Sparkurs, Pensionen und Transferleistungen werden gekürzt, immer mehr Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz, der Konsum sinkt, Betriebe sperren zu oder siedeln ab; die Spirale dreht sich und droht uns allmählich die Luft abzuschneiden.

Insofern braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Menschen angesichts drohender Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Verarmung immer unzufriedener mit dem politischen System werden, wenn der Ruf nach den „starken Männern“ immer lauter wird. Umso wichtiger ist es aber, wenn jene, denen das Funktionieren der Demokratie am Herzen liegt, denen soziale Gerechtigkeit und verantwortungsbewußter Umgang mit der Umwelt wichtig sind, ihre Stimme erheben und auch gegen den Mainstream Politik machen.

G

Innovationspool steht ratsuchenden Betrieben zur Verfügung und bietet in Zusammenarbeit mit Beratungsfirmen ökologische Beratung ganz nach Grünem Geschmack an. Ähnliches sollte sich auch in St. Pölten entwickeln, wer glaubt, hier mit Rat und Tat an der Umsetzung mitarbeiten zu wollen, möge sich im Grünen Büro melden.

Eine allmähliche Umstellung der stadtteiligen Küchen auf die Verarbeitung von biologisch angebauten Grundnahrungsmitteln und bewußt gentechnikfreien Lebensmitteln hätte eine doppelte Wirkung. Einerseits würden damit die heimischen Landwirte gefördert und bei entsprechender Umsatzsteigerung zum Umstieg auf Biolandwirtschaft verführt, anderseits könnten stadtteilige Betriebe, allen voran das städtische Krankenhaus sukzessive immer hochwertigere Nahrungsmittel anbieten. Die politische Willenserklärung im Zuge des Gentechnikvolksbegehrens würde so in die Praxis umgesetzt.

Vieles haben wir bereits erreicht, ebenso vieles haben wir noch vor. Nur wenn wir gestärkt aus den Nachwahlen hervorgehen, ist es möglich, daß grüne Ideen wieder verstärkt im Gemeinderat eingebracht werden können.

Wahlspitter

Plakatwald

Geradezu beängstigend dicht ist derzeit das Plakatspalier entlang der Promenade. Ausgerechnet SPÖ und FPÖ, die vollmundig erklärt haben, auf umfangreiche Wahlwerbung verzichten zu wollen, behindern schon seit Wochen Fußgeher und Radfahrer in der Stadt.

Die Mär von der Bürgermeisterwahl

Wie schon 1995 erweckt die SPÖ in ihrer Wahlwerbung gern den Eindruck, als ob der Bürgermeister zur Wahl stünde. Richtig ist einzig und allein, daß es um die Mandatsverteilung im Gemeinderat und im Stadtsenat geht. Den Bürgermeister wählen die GemeindertätiInnen aus ihrer Mitte, und da sorgt schon die Mandatsverteilung für eine Wiederwahl. Daher kann bei dieser Nachwahl ruhigen Gewissens auf eine Vorzugsstimme für Gruber verzichtet werden, weil sie letztendlich doch nur eine Stimme für die SPÖ ist.

Willi Gruber und der Taschenrechner

Zeitungsleser durften erfahren, daß die SPÖ, allen voran BGM Gruber um die Absolute zittert. Diese ist erstens mit 5

Mandaten auch wahlarithmetisch mehr als fett abgesichert, zweitens tätet dieser Stadt nichts besser, als wenn sich endlich die starren Mehrheitsverhältnisse lockern und ein wenig frischer Wind durch die verstaubten Politriegen bläst. Und drittens kann durch die Nachwahl in nur 17 Sprengeln kaum etwas an den bestehenden Mandatsverteilungen geändert werden, jede Stimme für die SPÖ ist daher eine Stimme für das weitere Einzementieren von Partei-hierarchien und Machtpositionen.

Ein Wort in eigener Sache

In ihren Parteigazetten stellt die SPÖ die Grünen gern als in „Panik“ geraten und „verzweifelt“ dar, meist wird dann noch behauptet, ich sei „politikmüde“ und fehle bei GR-Sitzungen. Richtig ist vielmehr: Wir haben viele Ideen für eine Belebung dieser Stadt, die Geschäftsordnung und die Machtverhältnisse machen ein „parlamentarisches“ Arbeiten in der Stadt ziemlich mühselig (Wir dürfen z.B. an keinen Ausschußsitzungen teilnehmen und schreiben immer noch händisch die Sitzungsunterlagen ab, von den meisten Informationen sind wir grundsätzlich ausgeschlossen.) Politikmüde bin ich sicher noch lang nicht, schließlich bin ich

gewähltes Mitglied in diversen Grünen Funktionen und kann mich über Langeweile nicht beklagen. Und mein Fehlen bei genau 2 Sitzungen war jedesmal entschuldigt und in der Summe wesentlich



weniger als bei anderen GR-KollegInnen. Und die Mär, daß uns die Jugendvertreterin Elke Kellner abhanden gekommen sei, entspringt auch eher einem Wunschtraum: Elke Kellner verbringt das kommende Jahr in Amerika, betreibt ein Gaststudium in Yale und wird über e-mail schon in den nächsten Grünen Mitteilungen ihre Eindrücke vom amerikanischen way of life im allgemeinen und von amerikanischer Jugendkultur und Kulturpolitik im speziellen wiedergeben.

Gemeinderätin
Silvia Buschenreiter

- Ich möchte weiterhin die Mitteilungen der Grünen Alternative St. Pölten zugesandt bekommen
- Ich möchte die Broschüre „City Sprinter-Grüne Strategien für den öffentlichen Personennahverkehr“ erhalten
- Ich möchte bei der Erstellung eines Grünen Radwegekonzepts mitarbeiten
- Ich interessiere mich für Grüne Jugendarbeit

Meine Anschrift lautet:

Bitte
frankieren



GRÜNE ALTERNATIVE

Die Grünen St. Pölten

**Julius Raab Promenade 15
3100 St. Pölten**

IMPRESSUM

Medieninhaber & Herausgeber:

Grüne Alternative - Die Grünen St. Pölten

Julius Raab-Promenade 15, 3100 St. Pölten

Tel: 02742/351 817, Fax: 02742/351944

email: gruene.st.poelten@magnet.at

Redaktion & für den Inhalt verantwortlich:

Alex Millecker, Tel: 02742/351 817

Fotos: Archiv Grüne Alternative

produktion & graphik: partners

Herstellungsort & Verlagspostamt:

3100 St. Pölten

Druck: Malek, 3500 Krems

DVR: 0765261